

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

160 (13.7.1915)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Jugestellt monatl. 76 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 60 P.; am Postschalter 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich. Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postschalter Nr. 2860. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481. Inzerate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalzerate billiger. Schluß d. Inzeratennahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inzerate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

Tagte in Berlin in der Zeit vom 5.—7. Juli dieses Jahres. Sie nahm an erster Stelle den Geschäfts- u. Kassenbericht der Generalkommission entgegen. Ein vollständiger Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission seit dem Münchener Gewerkschaftskongress konnte noch nicht vorgelegt werden, da eine Reihe von Materialien sich noch im Stadium der Verhandlungen befinden und deren Abschluß abgewartet werden muß. Ein auszugswiesiger Bericht sowie eine Uebersicht über die Kassenführung soll in der nächsten Ausgabe des „Correspondenzblattes“ veröffentlicht werden. Eine Diskussion knüpfte sich an diesen Teil der Tagesordnung nicht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zu eingehenden Beratungen führte die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelt sich dabei um eine Fülle von Einzelfragen, über die zurzeit eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war, so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Rechte bei solchen Mitgliedern, die bereits vor dem Kriege ihre Karenzfrist für Unterstützungsbezug erfüllt hatten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht unterstützungsberechtigt waren. Die Wiederaufhebung von Unterstützungsrechten der Ausgesteuerten, die Anrechnung einzelner Unterstützungsarten auf die Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege usw. Eine der Konferenz vorgelegte Uebersicht aus den Statuten der einzelnen Verbände ergibt die größte Verschiedenartigkeit der geltenden Bestimmungen, wozu bei einzelnen Gewerkschaften noch neuerliche Beschlüsse der Verbandsinstanzen hinzukommen. Der Wunsch nach einheitlichen Grundrissen trat zwar stark hervor, doch war man sich auch der Schwierigkeiten ihrer Durchführung bewußt. Die Konferenz gelangte daher zunächst nur zu dem Urteil:

„Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entstehende finanzielle Belastung für den größten Teil der Verbände zu stark sein würde.“

und verwarf die Beschlüßfassung über positive Einheitsgrundsätze bis zur nächsten Konferenz.

Eine Umfrage darüber, wie viele Gewerkschaften ihre alten Satzungen wieder in Kraft gesetzt haben, ergab, daß 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten Satzungen zurückgekehrt sind, bezw. dieselben gar nicht außer Kraft gesetzt hatten, während 31 Gewerkschaften noch nicht wieder die volle statutarischen Unterstützungen zahlen. Der überwiegende Teil hat die früheren Unterstützungen wieder eingeführt, doch noch nicht die vollen Leistungen.

Zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge gab die Generalkommission einen kurzen Bericht über ihre bisherigen Bemühungen um eine reichszentralistische Organisation, die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Sphäre der Bundesstaaten eingzugreifen, erfolglos blieb. Immerhin wurden infolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundsätze aufgestellt und den Gewerkschaften und Kartellen empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es müsse verstanden werden, daß die Kriegsbeschädigten bei ihrer Rückkehr zur Erwerbsarbeit unbilliger Behandlung ausgesetzt und zur Lohnrückerei verurteilt, und daß die gewerkschaftlich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ihre Ausnützung untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab Aufschluß über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete; besonders die von dem Verband arrangierten Lichtbildervorträge erfreuten sich starker Beteiligung bei Arbeitern und Behörden. Die ausgiebige Diskussion führte zur Annahme der folgenden Leitsätze:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände hält es aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen für dringend erforderlich, daß den Kriegsbeschädigten, soweit dies irgend zugänglich ist, Arbeitsgelegenheit in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.“

Sie bedauert, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichszentralstelle der Organisation zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einheitlich sind.

Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den Fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in dieser Bestimmung getroffen wird, daß

1. zur Verabsorgerung der Kriegsbeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohndruck sein darf, d. h. daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
3. die Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Verringerung oder Aufhebung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.

Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß paritätische Kommissionen von Unternehmer-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen auch über die Kriegsdauer hinaus eingesetzt werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Kriegsbeschädigten zu entscheiden sind.“

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittlung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht bedauert, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstag beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung angeordnet habe. Immerhin versprechen die vom Bundesrat am 2. Juni ds. J. verfügten Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittlung (Anmeldung der Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli ds. J. und Mitteilung der Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August ds. J. ab), sowie die Errichtung von Zentralauskunftsstellen in den einzelnen Städten und Bezirken einige Besserung, und die Gewerkschaftsnachweise sollten nicht verfallen, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor dem von Dr. R. Freund-Berlin, dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, propagierten System von Auskunftsstellen, denn dieser „Sozialpolitiker“ verjuche bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichsten Träger der Organisation der Arbeitsvermittlung zu machen und er mache sich sogar selbst die Auswahl der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften mögen daher auf der Hut sein und bei der Errichtung von Zentralauskunftsstellen überall verlangen, daß auch ihre Nachweise gemäß dem im preußischen Kundenerlaß vom 21. Mai ds. J. gegebenen Anweisungen vertreten sind. Die Debatte ergab im allgemeinen Uebereinstimmung über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittlung.

Einige Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen, die sich auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung während des Krieges, insbesondere in der letzten Zeit, beziehen, gaben Anlaß zu einer längeren Aussprache über diese Angelegenheit. Es handelte sich neben lokalen Vorkommnissen vor allem um die Beiträgen gewisser, mit der Haltung der Parteimehrheit und der Reichstagsfraktion seit dem Kriegsausbruch unzufriedenen Gruppen und Gruppen, diesen Parteifreier auch in die Gewerkschaftsfreie hineinzutragen und durch eine von gewissen Zentren aus geleitete Desorganisationskampagne die Parteieinheit zu sprengen und die Einheit in der Arbeiterbewegung zu zerstören. Vor allem offenbare sich diese Unterminierungsarbeit in dem Flugblatt an den Parteivorstand. Gewerkschaftler wurden aufgefordert, mit voller Angabe ihrer Organisationsform und ihrer Funktionen das Schriftstück zu unterzeichnen, und dessen Schluß lautet:

„Die Alternative lautet schlechthin: Parteireinigung oder Parteizerrüttung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teils der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverberben Einhalt tun, den Bürgerfrieden aufgeben und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Parteieinheit auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen.“

Gegen diese Desorganisationsabsichten hat die Generalkommission in einer in Nr. 26 des „Correspondenzblattes“ publizierten Erklärung Protest erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an scharfen Beurteilungen der gemeinschaftlichen Treibereien der Mißbräutigten fehlte, einmütig auf den Standpunkt der Generalkommission, indem folgende Resolution einstimmig zum Beschluß gelangte:

„Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im „Corr.-Bl.“ veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündel richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterchaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei gefährden können.“

Nur eine einige und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiaussschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für die einzige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterchaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.

Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben.“

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet. Die Gewerkschaften müssen im gleichen Sinne allen Ver-

suchen der Zersplitterung der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Eine Beschwerde über die systematisch betriebene Einführung polnischer Arbeiter in die Textilbezirke und deren Ausnützung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Somitlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschlossen, von der Aufnahme größerer Lohnstatistiken so lange abzusehen, bis die Statist. Kommission zwecks Aufstellung einheitlicher Grundsätze darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine Zentralstelle zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamts, wonach die Krankentafeln berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenunterstützung anzurechnen, auch wenn den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht zusteht, hatte bereits eine frühere Konferenz beschäftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Verringerung der Rechtslage im Reichstag oder bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz der Vorstände geeignete Vorschläge für eine Verringerung der Gewerkschaftsleistungen vorbereitet werden.

Am Schlusse wurde über den vom jüngsten Verbandsrat der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: „Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken“. Der Antrag fand fast allseitige Zustimmung in der Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die von der Genossin Reikin redigierte „Gleichheit“ für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in verstreuten Theorien und hochtrabenden Stilübungen ergebe, sei notwendig, und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorherige Aussprache mit dem Parteivorstand über eine zweckdienliche Umgestaltung der „Gleichheit“, von einem andern die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenkorrespondenz gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein vorausichtlicher Erfolg anerkannt, doch brauche man einer solchen Aussprache nicht aus dem Wege zu gehen. Eine Korrespondenz gebe die Genossin Hanna bereits heraus und sie könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblattes Schwierigkeiten ergeben sollten.

Schließlich wurde die Generalkommission beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt bald möglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zum Selbstkostenpreis für ihre weiblichen Mitglieder zugestellt.

Ein Volk — eine Schule!

Die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins brachte kürzlich unter dieser Ueberschrift einen Artikel, dem wir seiner allgemeinen Tendenz wegen, die folgenden Stellen entnehmen, die gewiß auch für weitere Kreise von Interesse sind. Es heißt da:

„Die einmütige Erhebung und das monatelange, opferfreudige, einmütige Durchhalten unseres ganzen Volkes hat manches verhärtete soziale Vorurteil ausgelöscht und damit dem Gedanken und der Forderung, allem jungen Volke die gleiche Bildungsmöglichkeit zu geben, volle Anerkennung auch an Stellen verschafft, an denen bis dahin von Jugelständen in dieser Richtung kaum die Rede sein konnte. . . In der Tat stehen dieser Forderung nicht pädagogische und vor allem nicht Gründe des Staatswohls im Wege, sondern nur vererbte Vorurteile und vermeintliche und wirkliche Standesinteressen. Eine weitestgehende Bildungspolitik des Staates verlangt, daß das junge Menschennmaterial nicht anders verwaltet werde als die materiellen Güter, einzig und allein nach ihrer Eignung für diesen oder jenen Lebens- und Staatszweck. Bei jeder gewollten oder ungewollten Beschränkung der höheren Bildungsziele auf bestimmte Bevölkerungsteile handelt der Staat seinen Interessen entgegen. Der Kulturstaat von heute kann seinen ungeheuren Bedarf an hervorragenden geistigen Kräften nur noch aus der Gesamtheit der Bevölkerung, nicht aus beschränkten Volksteilen gewinnen. Jeder wissenschaftliche, technische und soziale Fortschritt wird dadurch erleichtert, daß die vielen Talente, die in unserm Volke aufwachen, in inniger Verbindung mit denjenigen Bildungsgütern kommen, die ihrer Eigenart entsprechen und an denen ihre Kräfte sich voll entwickeln können. Das zu bewirken ist Zweck und Aufgabe der Schulen, in denen es darum nicht geht, wer werden sollte, daß engere Kreise von vornherein an gewissen Bildungsquellen sich festsetzen und den Zugang dazu geeigneter absperrten. Der Staat muß das Bildungsweesen so einrichten, daß möglichst alle Anlagen und Kräfte des Ge-

legenheit finden, sich deutlich auszupprechen, so daß jedes Kind auf den ihm gemäßen Bildungsweg kommt. Was der Staat braucht, ist also eine allen gemeinsame Grundschule, aus der viele Stufen auswächst und vorwärts führen.

Man nennt die nach diesen Grundsätzen eingerichtete Schule die Einheitschule, nicht in dem Sinne, daß sie für alle nur einen die ganze Begittrede gemeinsamen Bildungsweg vorschreiben oder gar erzwingen sollte. Höhere Kultur bringt weitgehende Differenzierung in der Betätigung des Einzelnen mit sich. Einheitschule bedeutet vielmehr nur ein einheitlich geordnetes Bildungsweises des Staates, Anknüpfung aller Nebenreden an die Hauptrede, Beseitigung aller toten, angeschlossen Gleise und aller privilegierten Wege zu höheren Bildungsstufen (Vorschulen). Praktisch gesprochen heißt das vor allem: geordnete Verbindung der Volksschule mit den weiterführenden Bildungsanstalten, auch in der Weise, daß die in der Volksschule bis zum 14. Lebensjahre unterrichteten Kinder höhere Bildungsinstitutionen vorfinden, in denen sie ihre weitere Ausbildung unter voller Ausnutzung ihres bisherigen Bildungserwerbes betreiben können. Niemals war die Zeit für diese größte und wichtigste aller Schulreformen günstiger als heute.

Obwohl die oben angebeutete Art der „Einheitschule“ dem Schulideal der Sozialdemokratie bei weitem nicht entspricht, erscheint es wichtig, festzuhalten, wie auch in pädagogischen Fachkreisen die Meinung sich festigt, daß die Stagnation in unserem öffentlichen Schulwesen, das in seiner jetzigen Ordnung unzählige Talente verkümmern läßt, weil die betreffenden Kinder in der Auswahl ihrer Eltern nicht die nötige Sorgfalt walten lassen, nicht länger mehr aufrechterhalten werden kann. Die heutige Volksschule wird von 96 Prozent aller Kinder besucht; die Volksschule ist Armenerschule. Bis zum heutigen Tage wurde in diesen „Bildungs“-Institutionen das Schwerkgewicht ihres pädagogischen Wirkens in der Vernichtung der geistigen und sittlichen Selbständigkeit des reisenden Kindes erblickt. „Wenn man Sklaven will, ist man ein Narr, wenn man das Volk zu Herren erzieht“, sagt Friedrich Kießche. Der Wille muß gebrochen werden! Ist erstes und Geborjamt zweites Gebot. So hat sich bis heute die Volksschule als Drillanstalt bestens bewährt. Die Drillschule legt den Geist des Kindes in lähmende Fesseln. Jede freie und eigene Regung ist verpönt; selbständig zu sein und zu denken gilt fast als Verbrechen. O, man kann Studien machen, wenn man sich mit Liebe und Verstand der kaum der Schule entwachsenen Jugend annimmt. Um den Tendenzen der Volksschule entgegenzuwirken, bleibt es daher die wichtigste Aufgabe der Arbeiterorganisationen und -vereine, der Jugend des Volkes die tiefe Kniebeuge vor dem Glanze irdischer Autoritäten abzugewöhnen.

Auch die künftige wirtschaftliche Weiterentwicklung, der friedliche wirtschaftliche Wettbewerb der Völker untereinander wird an die Intelligenz des deutschen Volkes gewaltige Anforderungen stellen. Die harten Gebote der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung fordern ein höheres Bildungsniveau auch für die breiten Volksschichten. Also sind es sehr gewichtige Gründe, die den Staat, die Gesellschaft eigentlich dazu zwingen sollten, das Schulwesen auf eine andere Basis zu stellen, als es bis heute der Fall ist, wo die „Bildung“, wie jede andere Handelsware, nach der Größe des Geldbeutels abgemessen und zugemessen wird. Viele „bessere“ Arbeiter, die bis zum Ausbruch des Weltkrieges in der Lage waren, ihre Kinder in höhere Schulen zu schicken — teilweise wurde obendrein noch das Schulgeld vom Munde abgepart — werden wirtschaftlich demnächst zurückgeschleudert, daß auch in der Folgezeit ihren Kindern nur das Los der Armenerschule bleiben wird. Unverschuldet!

Also eine Schulreform wird nun endlich auch vom Lehrerverein erwartet. Ob sie kommen und wie sie aussehen, ob sie selbst den geringen Ansprüchen des Deutschen Lehrervereins genügen wird, steht auf einem anderen Blatte geschrieben. Die weitere Erhaltung der einfachen Volksschule, die auch Gemeinde- und Bezirksschule genannt wird, in ihrer heutigen Form und Gestalt, wird zweifellos ein Schlaglicht werfen auf all das, was in ernster Stunde präpariert wird. Wir sind ehrlich genug zu sagen: Großes auf dem Gebiete der Schulreform kann und wird im kapitalistischen Zeitalter nicht zu erwarten sein. Und kleine „Reformchen“ aus Dankbarkeit für treue Dienste werden an dem durch und durch schadhafte Schulkörper nichts ändern. Immerhin erscheint es nicht überflüssig, den oben erwähnten Artikel aus deutschen Lehrerkreisen als ein beachtenswertes Stimmungsbild zu betrachten.

Der Krieg und die deutsche Arbeiterschaft.

Unter dieser Ueberschrift beschäftigt sich Herr Wilh. Wallbaum, christlich-soziales Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses und Hospitant der konservativen Fraktion in der „Kreuzzeitung“ vom Sonntag mit der Saltung der deutschen Arbeiter im Kriege. Er hebt natürlich die gewaltigen Leistungen der Arbeiterschaft in dem jetzigen Kriege hervor. Wertwürdig ist allerdings die besondere Betonung, daß nicht nur unsere Ingenieure und Techniker ihr Bestes eingesetzt haben, um eine Katastrophe in der deutschen Industrie zu vermeiden, sondern daß auch unsere Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Alles dafür eingesetzt haben. „Auch sie mußten Organisationsstalent entwickeln; auch sie mußten Opfer auf sich nehmen“, sagt Herr Wallbaum. Als ob nicht gerade die deutsche Arbeiterschaft seit Jahrzehnten eine organisatorische Arbeit geleistet hätte, die die hohe Anerkennung so vieler Beobachter — allerdings nicht immer auch die Mächtigen im Staate und insbesondere der Partei gefunden hat, der Herr Wallbaum im Landtag seine Stimme leiht; und gerade für diese organisatorische Arbeit, die jetzt dem ganzen Vaterlande zum höchsten Nutzen gereicht, mußte die Arbeiterschaft schon im Frieden wahrlich Opfer genug auf sich nehmen. Es darf hier auch daran erinnert werden, daß die obersten Vertretungen der deutschen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften schon kurz nach Ausbruch des Krieges der Reichsregierung Organisationsvorschläge unterbreitet haben, deren rechtzeitige Befolgung uns vor einem guten Teil der allgemein beklagten Teuerung und des Lebensmittelmangels bewahrt haben würde.

Herr Wallbaum stützt seine Beurteilung der Saltung der deutschen Arbeiterschaft durch mehrere Zitate: durch einen Aufruf des Vorsitzenden des christlichen Metallarbeiterverbandes an seine Mitglieder und durch einen Artikel des „Vergnappens“, des Organs der christlich organisierten Bergarbeiter. Wir meinen, daß zur Beurteilung der Saltung der deutschen Arbeiterschaft im Kriege die Kundgebungen derjenigen Verbände maßgebend sind, die die Masse der Arbeiter in ihren Reihen sehen.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

W.B. Berlin, 12. Juli. Großes Hauptquartier. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Am Nordhang der Höhe 60 (südöstlich von Ypern wurde ein Teil der englischen Stellung in die Luft gesprengt.

Der Nachkampf am Westrand von Souchez schreitet vorwärts. Der südlich von Souchez an der Straße nach Arras gelegene, viel umstrittene Kirchhof ist wieder in unserem Besitz; er wurde gestern abend nach hartem Kampfe gestürmt.

2 Offiziere, 163 Franzosen wurden gefangen

genommen, vier Maschinengewehre und ein Minenwerfer erbeutet.

Bei Combres und im Walde von Lilly ging der Gegner gestern abend nach starker Artillerievorbereitung zum Angriff vor. Auf der Höhe von Combres gelang es dem Feinde, in unsere Linien einzudringen. Er wurde wieder hinausgeworfen. Im Walde von Lilly brach die feindliche Infanterie bereits vor unserer Stellung in unserem Feuer zusammen.

Nördlich der Höhe von Van de Sapt wurde ein Waldstück vom Gegner gesäubert.

Bei Ammerzweiler (nordwestlich von Altkirch) überfielen wir eine feindliche Abteilung in ihren Gräben. Die feindliche Stellung wurde in einer Breite von 500 Metern eingegeben. Unsere Truppen gingen sodann planmäßig unter Mitnahme einiger Gefangener, vom Feinde unbelästigt, in ihre Linie zurück.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Straße von Suwalki nach Kalwarja in der Gegend von Lipina führten unsere Truppen die feindlichen Vorstellungen in einer Breite von 4 Kilometer.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage bei den deutschen Truppen ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österröichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 12. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart, 12. Juli 1915, mittags:

Russischer Kriegsschauplatz.

Am Bug nordwestlich Busk haben unsere Truppen bei Dereulany einen russischen Stützpunkt genommen. An der ganzen sonstigen Front im Nordosten fanden auch gestern keine Kämpfe statt. Die Situation ist unverändert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In der letzten Zeit entwickelten die Montenegriner an der herzegowinischen Grenze eine lebhaft, jedoch ganz erfolglose Tätigkeit. So griffen unlängst wieder 2 montenegrinische Bataillone unsere Grenzabteilungen östlich Avodac nach längerer Beschießung durch unsere Artillerie an. Sie wurden abgewiesen. Einer unserer Flieger bewarf zu dieser Zeit ein montenegrinisches Lager sehr erfolgreich mit Bomben. Weiter südlich stieß ein Bataillon des Feindes über die Grenze vor. Auch dieses wurde durch einen Gegenangriff unserer Truppen auf montenegrinisches Gebiet zurückgeschlagen.

Östlich Trebinje versuchte der Feind nach den Misserfolgen der vorigen Woche, vergebens durch schweres Artilleriefeuer eine Wirkung zu erzielen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Auf dem Wege zur Revolution?

Während des Krieges ist eine Reihe von Tatsachen bekannt geworden, die dem Kenner der innerrussischen politischen Verhältnisse die Frage nahelegen, ob nicht eine Revolutionierung Russlands bevorstehe; in den letzten Wochen haben sich diese Anzeichen unzweifelhaft gehäuft. Prof. Theodor Schiemann (Berlin) hat nun im Verlage von Georg Reimer (Berlin) eine kurze Broschüre (Ruhland auf dem Wege zur Revolution) veröffentlicht, in der er aus der akut gewordenen Krisis der russischen Regierung schließt, daß der verhängnisvolle Weg schon jetzt beschritten ist. Wenn auch diese Schlussfolgerung vielleicht übertrieben oder verfrüht ist, so bietet doch die Schrift eine in ihrer knappen Gedrängtheit sehr lehrreiche Zusammenstellung der in Europa sichtbar gewordenen Sturmzeichen, die nicht alle für jeden Zeitungsleser ohne weiteres verständlich sind. Es ist beispielsweise bisher kaum auf die Bedeutung des zarischen Erlasses hingewiesen worden, der den Familien der kriegsgefangenen Soldaten die Geldunterstützung des Staates sperrt; da der russische Bauer fast immer schon vor der Leistung der Wehrpflicht heiratet, bedeutet das nahezu ebenso viele unversorgte Familien wie es Russen in der Gefangenschaft gibt. Auch die Schwierigkeiten des Offizierserjases infolge des Fehlens einer stärkeren führenden Schicht weist Schiemann sehr eindringlich nach. Zur Unzufriedenheit der Bevölkerung muß es auch beitragen, wenn, was bisher nicht bekannt geworden war, die als dienstuntauglich entlassenen Verwundeten „einstweilen“, d. h. während der Kriegsdauer keine Unterstützung erhalten, zumal die meisten von ihnen im Felde revolutionäre Anschauungen in sich aufgenommen haben dürften.

Vom östlichen Kriegsschauplatz.

Neuer Rückzug der Russen.

Berlin, 12. Juli. Laut einem Wiener Telegramm des „N. N.“ lauten die letzten Nachrichten von der Front dahin, daß der Versuch einer russischen Offensive bei Lublin wieder völlig zum Stehen gebracht und wieder zur Defensiv geworden ist. Die Russen weichen auf dem von ihnen erzielten Gelände, das sie in einer Breite von vier Kilometern besetzten, wieder zurück.

Die innere Krisis in Rußland.

München, 12. Juli. Ueber die innere Krisis in Rußland wird der „Münchener Post“ aus russischen sozialdemokratischen Kreisen u. a. geschrieben: Ueberall im Lande verbreitet sich die Ueberzeugung, daß dieser Krieg mit einer vollen Niederlage der Russen enden wird. Auch aus Offizierskreisen gelangen pessimistische Mitteilungen an die Öffentlichkeit. In der Bevölkerung herrscht gedrückte Stimmung. Der Moskauer Pogrom hat diese noch mehr gesteigert. Aus Petersburg wird mitgeteilt, daß dort in Arbeiterkreisen die revolutionäre Stimmung wächst. Verhaftungen werden massenhaft vorgenommen, unter andern wurden auch einige Krankenschwestern wegen erheblicher revolutionärer Propaganda unter den Soldaten verhaftet.

Eines der schrecklichsten Kapitel der russischen Gegenwart ist die Behandlung der Juden. Das Elend der hunderttausend Vertriebenen ist unbeschreiblich. Alle Städte des südlichen Ansiedlungsrayons sind mit Vertriebenen überfüllt.

Großfürst Nikolajewitsch verfügte gerichtlich die Ausweisung sämtlicher Juden aus Petersburg, wo trotz des Aufenthaltsverbots einige zehntausend Juden heimlich sind. Der Ausweisung dieses Befehls widersetzte sich aber der Minister des Innern, auch der Finanzminister, die das Argument ins Feld rühten, daß dadurch diplomatische und finanzielle Schwierigkeiten mit Frankreich, England und Amerika zu befürchten wären. Vorläufig mußte also der Diktator nachgeben. Man spricht aber davon, daß dies nur eine hinausgeschobene Bedeutung, daß, sobald Nigafällt, der Ausweisungsbefehl für die Petersburger Juden zur Ausführung gebracht wird.

Revolutionäre Umtriebe in Petersburg.

Berlin, 12. Juli. Aus Stockholm meldet das „Volkssblatt“ einem Wiener Telegramm zufolge: Indirekt wird nach hier aus Petersburg berichtet: Die Zahl der in den letzten Tagen in der Petersburger Nordstadt unter der Beschuldigung von revolutionären Umtrieben verhafteten Arbeitern, Studenten und Beamten soll an 1500 betragen.

Der Kampf zur See.

Die deutschen Unterseeboote im Mittelmeer.

Athen, 12. Juli. Nach angeblich zuverlässigen Privatmeldungen befinden sich im Mittelmeer zwölf deutsche Unterseeboote; andere würden folgen, um die Blockade in den Dardanellen und den Operationen auf Gallipoli ein Ende zu bereiten.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Schlacht im Kaukasus.

Berlin, 12. Juli. Der Kampf am 22. Juni an der Kaukasusfront, der nach einem furchtbaren Nahkampf mit der Einnahme strategisch wichtiger Punkte und einer beherrschenden, stark besetzten Anhöhe siegreich für die Türken ausfiel, wird als günstiger Vorläufer der weiteren Operationen angesehen. Die Schlacht endete mit einem kluchtartigen Rückzug der Russen unter Hinterlassung von Kanonen und einer Menge anderen Kriegsmaterials. 3000 Mann sind tot oder verwundet, darunter eine Anzahl höherer Offiziere und viele unverwundete Gefangene, meist schwache halbwüchsige Knaben.

Der Krieg mit Italien.

Oesterreichischer Bericht.

An der fassenländischen Front verfrühten die Italiener wieder einige Angriffe, die, wie immer abgewiesen wurden, so bei Berzagliano, Radubuglia, und an mehreren Punkten südlich des Arngipfels.

Im Karntner Grenzgebiete dauern die Gefechtskämpfe fort. Auch gegen unsere Stellungen auf der Grenzwerken nordöstlich des Kreuzbergjattels und gegen einzelne Tiroler Werke richtete sich feindliche Artilleriefeuer.

Neuerliche Angriffe des Gegners auf den Col di Lana scheiterten gleich allen früheren.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Erfolge der Oesterreicher.

Berlin, 12. Juli. Der „Nat.-Ztg.“ wird aus dem Kriegspressequartier gemeldet: Im Gebiet des Hochalpenpasses ist es den österröichisch-ungarischen Truppen gelungen, die Italiener aus einer wichtigen Stellung zu vertreiben. Dieser Erfolg ist besonders moralisch um so höher zu bewerten, da nach der Beichung des Hochweitzbergs der Kampf hier zum großen Teil auf italienischem Boden sich abspielt. Nunmehr ist der Abzug des gleichfalls italienischen Monte Ciadeno von der Oesterreicher genommen worden.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Die Berliner Besprechung der Finanzminister.

Berlin, 12. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Die „Nordd. Wg. Zeitung“ schreibt: In der am 10. Juli stattgehabten Zusammenkunft der bundesstaatlichen Finanzminister gab

der Staatssekretär des Reichsschatzamts einen Ueberblick über die Finanzlage des Reiches und die bis zur Durchführung des Krieges ergriffenen und weiterhin geplanten Maßnahmen. Die hieran folgende Aussprache ergab allseitige Uebereinstimmung in der günstigen Beurteilung der deutschen Finanzkraft und die einstimmige Befürwortung des unerlöschlichen Entschlusses, des opferbereiten Zusammenwirkens bis zum erfolgreichen Frieden. Die vom Reichsschatzsekretär in Aussicht genommene Finanzmaßnahmen — insbesondere seine Vorschläge über die von den gesetzgebenden Körperschaften in der nächsten Tagung dem Reichstag einzubringende neue Kreditvorlage — fanden einstimmige Zustimmung.

Auch über die Frage der Besteuerung der sogenannten Kriegsgewinne fand ein Meinungsaustrausch statt, der eine Uebereinstimmung darin ergab, daß die Erhebung einer Sondersteuer auf den durch den Krieg und während des Krieges entstandenen Vermögenszuwachs dem Reiche zuzuführen ist.

Kriegskredite und Sozialdemokratie in Serbien.
Lugano, 12. Juli. (W. B. Nicht amtlich.) Aus einer Zuschrift an den „Avanti“ ist zu entnehmen, daß in der serbischen Stupschina zwei sozialistische Abgeordnete gegen die Bewilligung der Kriegskredite gestimmt haben.

35 000 Frauen als Ersatzleute im englischen Postdienst.
Basel, 12. Juli. (W. B. Nicht amtlich.) Wie die Basler Nachrichten melden, sucht der englische Generalpostmeister 35 000 Frauen für den Postdienst zum Ersatz für an die Front gehende Beamte.

Frankreichs Kriegskosten.
Frankreichs Kriegskosten.
Der eröffnete oder verlangte Kredit stellte sich nach „Le Matin“ vom 12. Juni seit dem 1. August 1914 wie folgt:

Militärische Ausgaben:	Fr.
August bis Dezember 1914	5 815 320 780
Januar bis September 1915	10 422 694 391
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges	16 238 015 171
Öffentliche Schuld:	
August bis Dezember 1914	59 716 783
Januar bis September 1915	1 387 334 855
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges	1 427 051 638
Soziale Ausgaben:	
August bis Dezember 1914	405 541 780
Januar bis September 1915	1 913 270 650
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges	2 318 812 430
Lebensmittel für die Zivilbevölkerung:	
August bis Dezember 1914	20 000 000
Januar bis September 1915	186 800 000
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges	186 800 000
Anderer Ausgaben:	
August bis Dezember 1914	178 798 890
Januar bis September 1915	1 745 328 647
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges	1 924 127 477
Insgesamt:	
August bis Dezember 1914	6 479 378 053
Januar bis September 1915	15 615 428 643
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges	22 094 806 696

Ausland.

England.
Das Resultat der englischen Kriegsanleihe ist noch nicht bekannt. Die Zeichnungen aus City-Kreisen werden auf 600—700 Mill. Pfund Sterling geschätzt. Lloyds-Bank zeichnete 21 Millionen, die Barclay-Bank 12 Millionen, die National-Bank of India 1 Million.

Russland.
Der neue Oberprokurator des Synods, „Ruhofje Slowo“ meldet aus authentischer Quelle, daß die Ernennung des Adelsmarschalls von Moskau, Samarin, zum Oberprokurator des Synods bevorsteht.

Ungarn.
General Sawow über die Kriegslage. Die „Reichspost“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Korrespondenten in Sofia mit dem Oberkommandierenden der bulgarischen Armee im Balkankrieg, General Sawow, welcher erklärte: „Die heutige militärische Lage bedeutet für mich keine Ueberraschung. Ich habe nie daran gezweifelt, daß die Russen und Franzosen sich tapfer schlagen werden, doch habe ich ebenso gemutht, daß die Armeen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns die militärische Ueberlegenheit besitzen. Der Krieg ist ein großes Ringen, wo anfangs bald der eine, bald der andere Gegner scheinbar zu Fall kommt. Endlich aber tritt die bedeutsame Kampfesphase ein, wo der eine Kämpfer die volle Bewußtheit erlangt, daß er der Ueberlegene aus bestimmten Gründen und mit bestimmten Mitteln ist. In dieser Phase scheint nun der Kampf zu stehen. Sie ist die vorletzte, denn die Schlussschlacht ist jene des endgültigen Sieges über den Widerstand. Nicht die ungeheure Macht der Masse ist die Bedingung des Sieges; nein, der feste Wille, die Vernunft und die Moral, das Einsehen und Verteilen der Kraft, kurz alles das, was man mit dem Ausdruck „militärische Organisation“ zu bezeichnen pflegt.“

Belgien.
Wachsende Mißstimmung gegen Russland. Der „Notwoje Wremja“ gegenüber äußerte sich ein russischer Diplomat über die Lage in Belgien, daß die Regierung wahrscheinlich Wustafjews Demarkation anerkennen werden würde. Die Ernennung zeigt, daß die feindliche Stimmung gegen Russland wachse und daß es wahrscheinlich nicht leicht sein werde, sie zu bekämpfen.

Deutsche Politik.

Sicherstellung der Getreideernte.
Wie bürgerlichen Blättern aus München gemeldet wird, hat das stellvertretende Generalkommando des bayerischen 1. Armeekorps folgende Kundgebung erlassen:

- 1. Die in eine Gemeinde beurlaubten Mannschaften haben für die Befreiung der Grundbesitzer einer Gemeinde und nicht für einzelne Grundbesitzer auszuführen.
- 2. Die Gemeindeverwaltung bestimmt also die Verteilung der Beurlaubten einschließend der nach Namen Beurlaubten.

Aus dem Lande.

Offenburg.
Gewerkschaftsarbeit. Morgen Mittwoch wichtige Kartellung. Vollgültiges Erscheinen der Delegierten und Gewerkschaftsvorstände nötig.

Sie macht darüber, daß die Arbeit ausgeführt werde und ist verantwortlich, daß die Ernte sämtlicher Grundbesitzer eingebracht wird.

3. Die Gemeinde ist verantwortlich, daß nur so viele Mannschaften an die Gemeinden beurlaubt werden, und beurlaubt bleiben, als durchaus nötig ist. Ueberzählige Urlauber oder solche, welche den ihnen auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommen, sind sofort telegraphisch dem zuständigen Trupenteil anzugeben.

4. Handlungen oder Unterlassungen, welche dieser Anordnung widerlaufen, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

5. Die Gemeinde ist berechtigt, die ihr auferlegten Verpflichtungen auf mindestens drei ihrer Mitglieder zu übertragen.

6. Ueber die Streitigkeiten entscheidet die Distriktsverwaltungsbehörde endgiltig.

Verbot des Verkaufs von Erzeugnissen der Kartoffel-Trocknerei.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 87 veröffentlicht die folgende Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 7. Juli:

„Kaufverträge über Kartoffelflocken, Kartoffelschnitzel (Kartoffelscheiben, Kartoffelgries), Kartoffel-Palmelmehl, feuchte und trodrene Kartoffelstärke sowie Kartoffelstärkemehl aus der inländischen Kartoffelernte des Jahres 1915 sind nichtig. Dies gilt auch für Verträge, die vor Verkündung dieser Verordnung geschlossen sind.“

Verbotene Druckschriftensendung an Soldaten.

Das stellvertretende Generalkommando in Aitona erläßt folgende Bekanntmachung:

„Aufser Zeitungen dürfen Drucksachen oder Schriften, in denen für solche politische Aufgaben oder Ziele Stimmung zu machen versucht wird, die mit dem von allen Parteien gewollten Zusammenhalten während des Krieges im Widerspruch stehen, den Soldaten in das Feld weder mitgegeben noch zugesandt werden. Zuwiderhandlungen werden, wenn die betreffenden Besetze keine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.“

Aus der Partei.

* 7. badischer Reichstagswahlkreisverein. Die Mitgliedschaften und Vertrauensleute werden eruiert, die Uebrechnungen und Gelber unberzüglich, spätestens bis 16. Juli, an den Kreisleiter W. Voigt-Offenburg, Stegermattstr. 8 einzuliefern.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht Karlsruhe.

Karlsruhe, 12. Juli. Das Schwurgericht begann heute morgen die Session des dritten Quartals. Vor Beginn der Verhandlung gab der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Dölter, den Geschworenen die übliche Rechtsbelehrung. Das Gericht setzte sich wie folgt zusammen: Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Dr. Dölter, Beisitzer: die Landgerichtsräte Spüberg und Baumgarten, Staatsanwalt Dr. Römberg, Verteidiger: Rechtsanwältin Trunt und Hansenstr.

Nach Auslösung der Geschworenen und ihrer Vereidigung begann die Vernehmung der Angeklagten, der Tagelöhner Karl Engster und Franz Kling, beide aus Karlsruhe, angeklagt des Straßenaufs.

Es handelt sich um entlassene Jugendliche. Engster ist 1891 und Kling 1896 geboren. Beide mußten der sorgfältigen Erziehung entbehren. Darum zeigte sich bei ihnen früh der Hang zum Diebstahl und als Frucht die Neigung zum Stehlen. Engster wurde in Fürstenerziehung gegeben, Kling kam gerade an ihr vorbei, wurde auf Land gebracht und führte sich hier überraschend gut. Günstiger Wechsel in Stellungen und das Fehlen der väterlichen Zucht brachte sie schließlich auf die schiefere Ebene. Kleinere Diebstähle und andere Vergehen waren nicht selten. Am 21. April d. J. trafen die Angeklagten und noch ein Burfche, der unbeteiligt blieb, einen etwa 60 Jahre alten Mann auf der Straße, den Rentienempfänger Armin, der für militärische Dienstleistungen von der holländischen Regierung eine Pension bezieht. Armin sprach die Burfchen an und forderte sie auf, ein Glas Bier mitzutrinken. Die beiden Angeklagten folgten dem Rufe und gingen von einer Wirtschaft in eine andere, wobei sie wahrnahmen, daß Armin ziemlich Geld bei sich hatte; in Betrach kommen etwa 80 Mk. Nachdem man gezockelt hatte, tauchte in den Händen der Angeklagten der Plan auf, dem betrunkenen Gastfreund das Geld abzunehmen. Sie führten Armin durch einige Strophen auf den Spezierplatz an der Gottesauer Mauer, wo Engster ihn von hinten packte, ihm den Mund zuhielt und Kling zur Ballung des Wertes herbeieilte. Kling nahm Armin den Geldbeutel aus der Tasche und aus diesem einen 20 Mark Schein. Dann eilten die Räuber davon und teilten den Raub, der auf lieberliche Art verthan wurde. Armin machte Anzeige, wobei er angab, daß ihm 40 Mk. genommen wurden. Die Anzeige nimmt an, daß die fehlenden 20 Mk. bei der Tat verloren gegangen sind und der Finder sie nicht abgeliefert hat. Der Verurteilte wohnte in der Herberge zur Heimat und konnte nicht mehr aufgefunden werden. Die Vernehmung ergab nichts anderes, als die Unternehmung, nur daß Engster verschwiegen wurde und zurückhielt. Im Grunde sind beide geständig.

Die Aussagen der wenigen Zeugen bestätigten die Aussagen der Angeklagten. Der Sachverständige, dessen Gutachten vorgelesen wurde, da Klings Vater an Geisteskrankheit starb und die Vermutung entkräftet werden sollte, daß ein Geisteskranker angeklagt sei, erklärte Kling wohl für sehr beeinflusbar, aber für sein Tun verantwortlich.

Der Staatsanwalt empfahl, Kling mit bedingender Umstände zuzubilligen. Beide Verteidiger plädierten für mildernde Umstände, der des Kling beantragte eine Frage nach Weisheit statt Milderndigkeit. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen nach Raub für beide Angeklagte, ebenso die Fragen nach mildernden Umständen.

Das Gericht verurteilte daraufhin Engster zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Kling zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis. 2 Monate der Untersuchungsfrist wurden angerechnet. Die Angeklagten nahmen die Strafe an.

In der Nachmittags-Sitzung hatte sich der Gipser Josef Moritz aus Durmersheim wegen eines

Rechtsverstoß

zu verantworten. Die Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt und der Angeklagte zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Zwei Monate der Untersuchungsfrist wurden angerechnet.

Aus dem Lande.

Offenburg.
Gewerkschaftsarbeit. Morgen Mittwoch wichtige Kartellung. Vollgültiges Erscheinen der Delegierten und Gewerkschaftsvorstände nötig.

* Würm bei Pforzheim, 13. Juli. Beim Oeffnen eines Scheunentors fiel plötzlich ein Torflügel um und begrub die Frau des Richters J. Fr. Burkhardt, die so schwere Verletzungen erlitt, daß sie daran starb.

* Freiburg, 12. Juli. Der Komponist Paul von Menard der zurzeit am hiesigen Stadttheater als Kapellmeister wirkt, hat von der Großen Oper in Chicago einen Ruf als Musikleiter erhalten, aber abgelehnt.

* Freiburg, 12. Juli. Auf dem Felde der Ehre ist Professor Konrad Martin am hiesigen Realgymnasium gefallen. Professor Martin machte als Wajefeldwebel d. R. im Regiment 113 den Feldzug mit und war drei Monaten zum Schutze des Vaterlandes hinausgezogen. Er stammte aus Konstanz.

Ankunft der deutschen Austauschverwundeten in Konstanz.

* Konstanz, 12. Juli. Am Montag vormittag 1/2 9 Uhr traf der erste Schweizer Sanitätszug mit den deutschen Kriegsinvaliden aus Frankreich hier ein. Ein nach tausenden zählendes Publikum, das schon seit den frühen Morgenstunden in der Umgebung des Bahnhofes die Ankunft der deutschen Soldaten erwartete, begrüßte die Verwundeten mit stürmischen Hochs und Hurraufen, die von den Angekommenen jubelnd erwidert wurden. Die Bataillonsmusik spielte beim Einlaufen des aus 15 Wagen bestehenden Sanitätszuges die deutsche Nationalhymne. Die Freude der Soldaten, wieder auf deutschem Boden zu sein, war unbeschreiblich.

Zur Begrüßung der deutschen Soldaten hatten sich in der feierlich geschmückten Bahnhofshalle eingefunden: Prinz Max, der stellv. kommandierende General des 14. Armeekorps von Manteuffel, Minister v. Bodman, Amtsvorstand Geh. Rat Belzer, Oberbürgermeister Dietrich und die Geistlichen der verschiedenen Konfessionen. Prinz Max sowie die übrigen Herren begaben sich alsbald in die Wagen des Sanitätszuges zur Begrüßung der Krieger. Prinz Max unterhielt sich mit jedem einzelnen der Soldaten und erkundigte sich nach ihrem Ergehen. Den Soldaten wurde eine Schrift mit einer Darstellung der Kriegslage überreicht.

Wie die zurückgeführten Soldaten äußerten, war ihre Fahrt durch die Schweiz der reinste Triumphzug. Sie wurden mit Blumen und Liebesgaben geradezu überschüttet. Unter den Angekommenen befinden sich Soldaten aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes; auch einige Badener waren darunter. Die meisten haben eine lange Gefangenschaft hinter sich. Viele waren schon seit August gefangen, andere seit dem Septembereinfalle an der Marne, andere waren in den Vogesen kampflos in die Hand des Feindes gefallen. Nur wenige waren erst seit Januar oder Februar gefangen.

Ueber ihre Behandlung und Pflege in Frankreich äußerten sich die Verwundeten im allgemeinen besser, als die im März angekommenen deutschen Austauschverwundeten. Sie klagten aber über ihren Aufenthalt in Lyon, wo sie schon seit zehn Wochen weilten. Weiter klagten die Zurückgeführten, daß die aus der Heimat in die französischen Gefangenenlager gesandten Liebesgaben entweder gar nicht oder erst nach Wochen und dann teilweise in verdorbenem Zustande ausgehändigt werden. Ja, es kam Fälle vor, wo die Pakete geöffnet, z. B. Zigarren und Zigaretten, von den französischen Wachmannschaften herausgenommen und an die deutschen Gefangenen um Geld wieder verkauft wurden.

Nach ihrer Ankunft und Begrüßung wurden die Verwundeten, soweit sie nicht liegen mußten, in die Italienerhalle gebracht und bekamen dort ein treffliches Mittagessen gereicht. Während des Essens hielt Prinz Max eine Ansprache, in der er die in die Heimat Zurückgeführten auf das herzlichste begrüßte und hierbei vor allem die Grüße des Großherzogs übermittelte, der den Verwundeten seine Freude über ihre Rückkehr ausdrücken ließ. — Später wurden die verwundeten Soldaten dann in einen bayerischen Lazarettzug verbracht, der sie über den Schwarzwald nach Karlsruhe brachte, wo sie einige Tage verbleiben werden. (Gen. O. R.)

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 13. Juli.

Willkommen in der Heimat!

Seute früh 5 Uhr traf am alten Bahnhof ein Lazarettzug mit deutschen Austauschverwundeten aus französischer Gefangenschaft hier ein. Diejenigen Mannschaften, die noch ärztlicher Behandlung bedürftig sind, wurden mittelst Auto ins Garnisonslazarett gebracht, während die übrigen (meist Weinampulierten) bis zu ihrer Entlassung in die Heimat in der städt. Festhalle, die für zirka 500 Betten eingerichtet wurde, einquartiert werden. Die Leute wurden zunächst ins Bierordtsbad verbracht, wo dieselben ein Bad samt Behandlung durch den Friseur erhielten. Ab dann wurden sie verpflegt. Nach hier kamen etwas über 400 Mann. Nächsten Donnerstag kommt ein weiterer Transport.

Wir heißen die Soldaten, die unter solchen Umständen so lange von der Heimat entfernt waren, herzlich willkommen. Möge ihnen nach ihrer Leidenszeit in Feindesland, eine frohere Zukunft beschieden sein.

Ist das möglich?

Western früh erschien ein Kriegsinvalide auf unserer Redaktion, der uns mitteilte, er habe als gelernter Werkzeugmacher in der Metallpatronenfabrik viel Arbeit gefragt. Dort sei ihm vom Portier eröffnet worden, daß die Fabrik keine Kriegsinvaliden einstelle.

Wir trauten unseren Ohren nicht. Ausgerechnet die Fabrik, die durch den Krieg Millionenprofite macht, sollte sich weigern, arbeitsfähige Kriegsinvaliden einzustellen? Oder ist das nur die Meinung des Portiers dieser Fabrik? Andere Fabriken, z. B. die Lorenz'sche in Ettlingen, beschäftigt Arbeiter, die im Krieg einen Arm oder ein Bein verloren haben. Wie soll das erst später werden, wenn die Kriegsinvaliden schon jetzt während des Krieges so bittere Erfahrungen machen müssen?

Sind höhere Milchpreise berechtigt?

Wie wir am Samstag mitteilten, ist eine weitere Erhöhung des Milchpreises um 2 Pfg. pro Liter geplant. Diese fortgesetzte Verteuerung eines der wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmittels muß die Gemeindevorstellungen und die sonstigen Vertreter der Verbraucher veranlassen, wirksame Gegenmaßnahmen einzuleiten, sich nicht auf papierne Proteste zu beschränken.

Die Verbraucher aber können sich nicht bloß den Hinweis auf die Kriegszeit gefallen, die Preissteigerungen eigentlich ausschließen sollte, sie haben auch die Möglichkeit, den Milchproduzenten zahlenmäßig zu beweisen, daß es auch — ohne Kriegsgewinne geht. Ende November vorigen Jahres berechnete das Untersuchungsamt der Wirtschaftlichen Landwirtschaftskammer

Die Milchzeugungskosten mit 15 1/2 und 16 1/2 Pfg. für ein Liter und zwar unter Berücksichtigung der durchweg um fast 50 Prozent gestiegenen Futtermittelpreise. Es wurde zugleich anerkannt, daß sich eine Milchpreiserhöhung nicht rechtfertige, und in den landwirtschaftlichen Vereinen sind entsprechende Ratschläge gegeben worden. Man wies dabei hin auf die erheblichen Preissteigerungen bei der Körnerfrucht, die den Landwirt für mögliche Ausfälle bei der Milchzeugung vollaufentschädigten. Und die ländlichen Sparkassen bringen die Beweise.

Eine Milchpreiserhöhung aber rechtfertigt sich in dieser Zeit umso weniger, als die Grünfütterung erst begonnen hat. Die Trockenheit hat dem zweiten Schnitt wohl geschadet, aber der erste Schnitt des Grünsutters war wohl allerwegen ausgezeichnet, und erhebliche getrocknete Bestände sind eingebracht. Die selbstgezeugten Futtermittel werden zudem jetzt viel besser ausgenutzt als früher, da es auf eine Handvoll Gerstenstroh nicht ankam. Wenn überhaupt, dann könnte man die Berechtigung eines höheren Milchpreises frühestens im Spätherbst durch die Preissteigerung bei den handelsfütterungsmitteln zu beweisen suchen.

Selbstfalls liegt augenblicklich nicht der geringste Anlaß zur Erhöhung des Milchpreises vor.

NA. Ein Gruß aus dem Felde. Herr Leutnant Franz Josef Zwierjöh i. R. S. Infanterie-Regiment Koch und Deutschmeister Nr. 4 hat der Stadtverwaltung und Bürgerchaft Karlsruhe deutschen Gruß aus dem Schützengraben entboten und zugleich seine herzliche Anteilnahme an dem schweren Unheil ausgesprochen, von dem die Stadt und ihre Bevölkerung durch den feindlichen Fliegerüberfall heimgejagt wurde. Für diese freundliche Kundgebung hat der Stadtrat bestens gedankt.

Residenztheater, Waldstraße 30. Auch das diesmalige Programm für die Zeit vom 14. bis einschl. 18. Juli ist sehr gut zusammengestellt. Die vier Dramen: „Ich räche Dich“ (3 Akte), „Unter der schwarzen Tanne“ (1 Akt), „Das Geheimnis vom Green Park“ (2 Akte) und „Der Regenschirm“ werden ihre Anziehungskraft sicher nicht verfehlen. Auch die sonstigen Programmpunkte, in welcher Komödie und Humor zu seinem Rechte kommt, verbürgen einige gemüthliche Stunden der Unterhaltung. Wie immer, werden noch die neuesten Kriegsberichte gezeigt, so daß die Besucher in jeder Hinsicht befriedigt das Theater verlassen werden.

Schwerer Straßenbahnunfall. Am Samstag nachmittag wurde ein Soldat vom Kehrtrudendeponat des Feld-Art.-Regts. 14 hier an der Ecke der Durladerallee und Weidenstraße von einem elektrischen Straßenbahnwagen angefahren, zu Boden geworfen und eine Strecke weit geschleift. Er wurde hierbei derart schwer verletzt, daß er noch am gleichen Tage im Garnisonslazarett verstorben ist.

Unfälle. Am Samstag nachmittag glitt ein Zugführer im Bahnhofsgebäude in Grünwinkel beim Abspringen vom fahrenden Zuge aus und fiel zu Boden. Er erlitt eine starke Verletzung am Knie und fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus. Am Weidenhofen fielen aus einem hochgezogenen Straßenbehälter etwa 2 Zentner Breiherunter und trafen einen Tagelöhner aus Neuburg (Pfalz), wodurch dieser eine Rippenverletzung davontrug. Auch er fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Rechte Nachrichten.

Reiche Ernte.

Berlin, 13. Juli. Aus Bayern kommen Berichte, laut denen die Roggen- und Weizenerte besonders reich ausfällt, besser als je im letzten Jahrzehnt. Auch die Kartoffeln stehen dort gut. Ungarn kündigt eine Reisernte an von 45,9 Millionen Doppelzentner Weizen gegen 28,64 Millionen im Vorjahre. Die Budapestblätter erklären, der Erntesegen mache die Auslieferung der Weizen gegen 28,64 Millionen im Vorjahre. Die Auslieferung der Weizen gegen 28,64 Millionen im Vorjahre. Die Auslieferung der Weizen gegen 28,64 Millionen im Vorjahre.

Deutsche Vergeltungsmaßnahme gegen Frankreich.

Berlin, 12. Juli. Ueber eine weitere Vergeltungsmaßnahme gegen Frankreich berichtet die „Nordd. Allg. Ztg.“: In letzter Zeit sind hier Fälle bekannt geworden, in denen kriegsgefangene deutsche Offiziere in Frankreich nicht in einer den Kriegsgebräuchen entsprechenden Weise behandelt werden und zwar leblich aus dem Grunde, weil sie für Ehrenwort, nicht mehr gegen Frankreich und seine Verbündeten zu kämpfen, verweigert haben. Insbesondere wurden nach Privatmeldungen, wie nach dem Bericht des Vertreters einer neutralen Macht etwa 50 deutsche Offiziere in das Fort Entrevaux in den Alpen interniert, da sie die Abgabe des Ehrenwortes verweigert hätten. Sie werden hier in vier stets verschlossenen Räumen gefangen gehalten. Die Vorstellungen, die bei der französischen Regierung erhoben worden sind, sind bisher erfolglos geblieben. Auf Anordnung der Heeresverwaltung sind daher zunächst 50 französische Offiziere aus ihrem verhältnismäßig angenehmen Offiziers-Gefangenlager in Fort Jerndorf bei Küstrin übergeführt, wo sie in genau derselben Weise behandelt werden wie die deutschen Offiziere in Entrevaux.

Eine aufsehenerregende Verhaftung.

Berlin, 13. Juli. Aus Lugano erfährt der „Berliner Volksanzeiger“, daß nach einer Meldung des „Secolo“ aus Sofia Chénadew auf Veranlassung des Kriegsgerichts verhaftet worden sei, weil er zu dem Urheber des Königsattentats im Kasino in Beziehungen gestanden habe.

Schwierige Lage der Italiener in Tripolis.

Berlin, 13. Juli. Der „Berliner Volksanzeiger“ meldet aus Ghiaffo: Wie dem „Secolo“ aus Tripolis berichtet wird, hat der Verrat einiger Scheichs aus einige Stämme in Tripolis aus dem Gebiet zum Aufruhr veranlaßt. Infolgedessen hat die Regierung die Räumung dieses Gebiets angeordnet. Die Truppen sollen zur Verteidigung der Küste von Tripolis bis zur tunesischen Grenze verwendet werden. — Damit sind also die Italiener glücklicherweise in den Stellungen zurückgekehrt, die sie Ende 1911 inne hatten. — Wie es in der Nähe der Stadt Tripolis selbst aussieht, geht aus einer Notiz des „Secolo“ hervor, daß in einer Dase bei Tripolis eine ganze Karawanne aufgerieben worden sei. Der Gouverneur von Tripolis werde in den nächsten Tagen nach Rom abreisen.

Sven Hedin aus der Londoner Geographischen Gesellschaft ausgeschlossen

Berlin, 13. Juli. Laut „Deutscher Tageszeitung“ fand Sven Hedin bei seiner Rückkehr nach Stockholm seine Ausschließung aus der Londoner Geographischen Gesellschaft, deren Ehrenmitglied er war, vor.

Beschickung von Pont a Mousson.

Paris, 13. Juli. Der „Temps“ berichtet, daß Pont-a-Mousson von den Deutschen heftig beschossen wurde. Durch Brandgranaten sei dort ein heftiger Brand entfacht worden, der erst nach Herbeibringung der Feuerwehr aus Nancy habe gelöscht werden konnte.

Neue Getreidehöchstpreise in Oesterreich.

Wien, 13. Juli. In einer in der „Wiener Zeitung“ erscheinenden, sofort in Kraft tretenden Verordnung der Regierung wird der Preis bis zur Ernte 1916 für Weizen ober Spelz auf 34, für Roggen und Braugerste auf 28, für Futtergerste und Hafer auf 26 Kronen festgesetzt. Bei Abnahme von Weizen vor dem 16. September, von Roggen vor dem 16. August und von Hafer vor dem 1. Oktober 1915 werden noch feststehende Zuschläge berechnet. Die Weizenpreise werden später veröffentlicht werden. Die für die Broterstellung dienenden Hauptverbrauchsarten werden eine erhebliche Preisermäßigung erfahren. Es steht fest, daß in einigen Wochen nur mehr unermäßigtes Getreide in Verkehr gesetzt wird.

Die amerikanische Presse über die deutsche Antwortnote.

London, 12. Juli. Das „New York Herald“ meldet aus New York: Die ganze amerikanische Presse, ausgenommen einige deutsche Blätter, verurteilt die deutsche Antwort auf die amerikanische Note in den stärksten Ausdrücken als ein unerschämtes Ausweichen vor den amerikanischen Forderungen. Viele Blätter nehmen an, daß die Vereinigten Staaten jetzt die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen und den Alliierten jede moralische Unterstützung gewähren würden. (Sier ist wohl der Wunsch der Vater des Gedankens. R. d. B.)

Kabinettswechsel in Persien.

Teheran, 13. Juli. Das Kabinett hat seine Entlassung nachgesucht. Diese ist angenommen worden, weil das Kabinett sich nicht mit dem Parlament einigen konnte. Ein neues Kabinett soll von Musto Fpfi-us-Memalik gebildet werden. Er wird von der Demokratie unterstützt.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Wilhelm Kolb; für den Anzeigenteil Gustav Krüger; beide in Karlsruhe, Durlacherstr. 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft) Heute Abend nach der Turnstunde Turnratsitzung im Auerhahn. 6918

Korsetten in nur gut. Qualit., bequem. St. 2.20 und höher. Bessere angelegte Korsetten weit unter Preis. Kinderkorsetten u. Gürtel St. 1.20 alles direkt aus der Fabrik. Bessere, neue, farbige Unterröde St. 2.25, schöne neue Matiné St. 2.25, halbfertige Schweizer Stidereibluen, weiß und beige, St. 1.80, dunkelbl. Reinen-Jadens kostüm, Größe 44-46, zu 6 Mk., eleg. dunkelblaues Seidenjackett zu 6 Mk., best., neuer, dunkelbl. Kostümrock, Größe 46, schöner Gramophon mit 10 Platten zu 15 Mk., echt silberne, gut gehende Damenuhr, fast neu, 6 Mk.

Nähmaschine. Wer eine Nähmaschine beste Qual. (neu) bei monatl. oder 14 tägiger günstiger Zahlung kaufen will, sende seine Adresse. 6988 Zirkel 13, 2. Et.

Residenz-Theater Waldstraße. Hoher, angenehmer kühler durch Riesenventilationen und Zuführung von „Ozon“ gelüfteter Raum.

Mittwoch einschl. Freitag. Authentische Aufnahmen. Berichte von den Kriegsschauplätzen. Aktuell. 6948

Ich räche Dich! Drama in 3 Akten.

Unter der schwarzen Tanne. Amerikanisches Drama in einem Akt.

Das Geheimnis v. Green Park. Detektiv-Drama in 2 Akten.

Der Regenschirm. „Alte dunkle Wolke am Himmel“ Koloriertes Drama.

Lili die kleine Haushälterin. Komödie.

Immerpünktlich. Humor.

In der Rhone. Prächtige Naturszenen.

Pfannkuch & Co.
Früh eingetroffen!
Neue Gurken
Pfund 70 Pfg.

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.
In den bekanntesten Verkaufsstellen

Verkaufe und Kaufe fortwährend neue und getragene Herrenkleider, Schuhe, Stiefel, blaue Arbeitsanzüge, geb. Uhren, Waffen, Gold und Silber, Brillanten, Zahngebisse, Pfandscheine, Möbel, Reiselocker.

Zu vermieten. Mehrere 2 Zimmer-Wohnungen sind auf 1. August zu vermieten. Näheres: J. Wadler, Mühlburgerstr. 20. 9016

Umzüge m. Möbelwagen und Möbeln besorgt durch Selbstmithilfe billigst. 6831 R. Nulfinger, Leffingstr. 20. Telefon 1700.

Stuhl flechterei. Saenger, Marienstr. 75, 3.

Alle Druck-Arbeiten liefert rasch und billig Druckerei Volksfreund. Luisenstrasse 24. Teleph. 123.

Sommer - Ausverkauf.
Mehle & Schlegel
Kaiserstr. 124 b, bei der Kaiser-Passage.
Aussergewöhnlich billige Angebote.

Wollmousselin, beste Qualität, das Meter	0.95
Kräuselstoff (Frotte) für Röcke u. Sommerjackenkleider	1.65
Stickerelstoffe, weiss und farbig, duftige Mode	1.25
Stickerelstoffe mit Klöppeleinsatz früher Mk. 12.— jetzt	3.95
Halbfertige Roben, Kinderkleider, Blusen mit 30-50% Rabatt.	6887
Blusen in Batis, Schleierstoff, Wollmousselin	Mk. 8.50 5.50 3.50

Doppelte Rabattmarken auf alle nicht zurückgesetzten Sachen.

Arbeiter! Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die Inferenzen des „Volksfreund“.

Bekanntmachung.

Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl betr. Gemäß Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915, die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl betreffend, wird das Verbleiben von Obsttuden, welche Roggenmehl oder höchstens bis zur Hälfte des Gewichts der verwendeten Mehle oder mehlartigen Stoffe Weizenmehl enthalten, in den Privathaushaltungen innerhalb des Kommunalbezirks Karlsruhe Stadt gestattet. In diesem Falle ist auch das Ausbuden des in Privathaushaltungen bereitgestellten Teiges für diese Haushaltungen in Päckchen zulässig. 6911

Karlsruhe, den 12. Juli 1915. Der Ausschuss für die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl.

Kartoffel-Verkauf.
Vom Dienstag, den 13. Juli ab findet, solange Vorrat, im Gastwerk 1, Kaiserallee 11, von vormittags 8-12 und nachmittags von 2-5 Uhr Kartoffelverkauf statt.
Preis 5 Mk. 50 Pfg. für den Zentner und 6 „ „ das Pfund.
Karlsruhe, den 12. Juli 1915. 6949
Städt. Gaswerksverwaltung.

Pfannkuch & Co.
Mais-Grieß
Ersatz f. Weizengrieß
Pfund 45 Pfg.
10 Pfund Mk. 4.40

Mais-Mehl
Ersatz für Weizenmehl, zu gebrauchen für Kuchen und Kochzwecke, erhältlich ohne Brotmarken 6989
Pfund 40 Pfg.
10 Pfund Mk. 3.80

Gewerkschaftskartell Karlsruhe.
Hierdurch ergeht Einladung zu einer am Donnerstag, den 15. Juli, abends 7/9 Uhr, in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstr. 13, stattfindenden Kartell-Sitzung mit folgender Tages-Ordnung:
1. Innere Angelegenheiten;
2. Abrechnung vom 1. Quartal;
3. Wahl zweier Vertreter in den Jugendausschuss;
4. Wahl eines Vertreters in den Beirat für Kriegsinvaliden - Hilfsorga im Großherzogtum Baden;
5. Beschlusfassung über Maßnahmen des Kartells zur Lebensmittelerzeugung.
Wir bitten, in Anbetracht der wichtigen und reichhaltigen Tages-Ordnung, um vollständigen Besuch der Sitzung. Bei denjenigen Organisationen, wo die Vertreter zum Militär eingezogen oder sonstige abgehalten sind, an der Sitzung teilzunehmen, mögen. Stellvertreter ernannt werden. 6946
Die Kommission.